

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende



2. Bundesfrauenrat 2022, 17. - 18. September, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
 Beschlussdatum: 02.09.2022
 Tagesordnungspunkt: TOP 7 Vorbereitung BDK

Antragstext

- 1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen
- 2 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
- 3 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt
- 4 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
- 5 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht
- 6 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende
- 7 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat*innen verteidigen die
- 8 Ukrainer*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit
- 9 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
- 10 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir
- 11 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
- 12 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst
- 13 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
- 14 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

- 15 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet
- 16 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und
- 17 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des
- 18 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilen
- 19 beschleunigt. Wir leisten humanitäre Hilfe und stellen die unbürokratische Aufnahme von
- 20 Geflüchteten sicher. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat*innen aus. Wir haben
- 21 die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den
- 22 östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine
- 23 und Moldau gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

- 24 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir
- 25 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Und wir stellen

- 26 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb
- 27 liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch
- 28 aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere
- 29 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als
- 30 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit
- 31 Europas und unserer Verbündeten.

- 32 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht
- 33 abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung des Friedens und zur

34 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer
35 feministischen Außenpolitik langfristig für die Prinzipien von Abrüstung und
36 Demilitarisierung sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministische Außenpolitik liegt die
37 Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe
38 Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen
39 zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir
40 gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne
41 Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

42 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das
43 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen
44 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und
45 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

46 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die
wegen
47 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323
48 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine
49 hinzugekommen.

50 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den
51 Staaten, die bereits durch die Klimakrise mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und
52 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft
53 zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr
54 multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden
entgegenzutreten

55 – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung.
56 Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China
57 ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller
58 Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und
59 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen.
60 Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten
61 Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch
62 Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

63 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die
64 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten
65 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch
66 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie
67 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die
68 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser
69 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen
70 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

71 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

72 Unser umfassender Sicherheitsbegriff bietet ein effektives Instrument zur Prävention und
73 Bearbeitung von Konflikten und Krisen sowie zur Überwindung struktureller Gewalt. Wir denken
74 dabei Sicherheit vom Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer
75 Politik steht. Hierbei holen wir in Deutschland lange Versäumtes nach und nehmen auch

76 vergleichsweise neue sicherheitspolitische Bedrohungen sehr entschlossen in den Blick. Die
77 Stärkung der Menschenrechte, die Prävention von Krisen und das gewaltfreie Handeln im
Umgang
78 mit Konflikten stehen immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

79 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische
80 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung
81 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Ungleichstellung marginalisierter Gruppen –
82 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ* –, für die gerechte
83 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller.
84 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen
Geschlechtergerechtigkeit
85 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und
86 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende
87 menschliche Sicherheit. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in
88 Kooperation mit feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert
89 intersektional-feministisch ausgerichtet werden.

90 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen
91 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden
92 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren
Umsetzung
93 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

94 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen
95 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder
96 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen –
97 müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat aufgestockt werden.
98 Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und gestärkte Analysefähigkeit. Durch
99 solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit
100 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies
101 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtsslage in den
102 betroffenen Staaten und Regionen.

103 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche
104 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das
105 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung
106 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der
107 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen
108 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des humanitären Systems ein. Auch
109 bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die
110 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren
111 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer
112 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz
113 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung
114 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust
115 vorgehen.

116 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die
117 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität

118 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen
119 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im
120 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur*innen,
121 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt
122 werden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die
123 Transformation hin zur Klimaneutralität noch verbindlicher und energischer vorantreiben – in
124 Deutschland und weltweit. Auch wenn uns der russische Angriff auf die Ukraine dazu nötigt,
125 neben dem nun noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien vorübergehend vermehrt
auf
126 fossile Energieträger zurückzugreifen, ist klar, dass dies nur dazu dienen kann, die Zeit zu
127 überbrücken, bis wir die Abhängigkeit von russischem Gas beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad
128 ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

129 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde
130 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische
131 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

132 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben
133 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in Europa gebracht. Dazu
134 gehört die Bündnis- und Europafähigkeit der Streitkräfte. Als Partei haben wir in unserer
135 Geschichte gelernt, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu
136 weit größerem Leid führen kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio.
137 Militär bringt niemals die Lösung, aber es schafft manchmal Zeitfenster, in denen Konflikte
138 im Rahmen einer regelbasierten Weltordnung politisch gelöst werden können. Im Sinne der
139 menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor
140 schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine Kombination aus
141 Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

142 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs reicht ein Sondervermögen für die
143 Bundeswehr allein nicht aus. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten
144 für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie und humanitäre Hilfe, die
145 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für Stabilisierung und
146 Entwicklungszusammenarbeit ein. Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft jedoch
147 notwendige Finanzspielräume, die es dringend braucht, damit die Bundeswehr ihren Beitrag zur
148 Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO besser und unter neuen Vorzeichen
auch
149 schneller leisten kann, ohne dass die Mittel im Haushalt für den notwendigen ökologisch-
150 sozialen Umbau unserer Gesellschaft fehlen.

151 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören auch Maßnahmen
zur
152 Cybersicherheit, die Ertüchtigung von Partnerstaaten und der Zivilschutz. Eine ausreichende
153 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer
154 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft
155 in den Blick zu nehmen.

156 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit
157 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren

158 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die

159 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands
160 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter
161 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr
162 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen
163 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital
164 Services Act.

165 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt
166 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut
167 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen
168 Akteur*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der
169 Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK).
170 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als
171 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW)
172 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

173 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen
174 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für
175 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden.
176 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen,
177 das
178 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden.
179 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und
180 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in
181 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher
182 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten
183 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit
184 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent
185 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen
186 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.

186 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen
187 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite
188 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der
189 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine
190 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

191 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

192 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern.
193 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine
194 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat*innen in der Westbalkanregion, in der
195 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen
196 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den
197 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein
198 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und
199 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die
200 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit,

201 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein
202 muss.

203 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau
204 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die
205 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU
206 unterstützen.

207 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen
208 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um
209 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende
210 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu
211 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu
212 verteidigen.

213 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen,
214 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit.
215 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört
216 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu
217 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges
218 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und
219 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese
220 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und
221 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU
222 bestmöglich abfedern.

223 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas
224 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:
225 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-
226 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,
227 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame
228 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der
229 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine
230 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen,
231 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

232 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit
233 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den
234 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten
235 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition:
236 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz
237 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und
238 der Charta von Paris zu bekräftigen.

239 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und
240 Normen auch nach innen schützt. Wir wollen die europäische Rechtsstaatlichkeit etwa durch
241 eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische Staatsanwaltschaft stärken und den
242 Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht ausweiten, damit alle EU-
243 Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten. Der Abbau von Grundrechten
und

244 -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir begrüßen daher die überfällige
245 Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der Instrumente zum Schutz der
246 europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet werden muss. Effektive
247 Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben institutionellen
248 Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das entschiedene Vorgehen
249 gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder erschweren könnte, wenn
250 einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten notwendig sind.
251 Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und entschlossen die Handlungsfähigkeit der

252 EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit einzelne
253 Staaten gemeinsam vorangehen.

254 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit
Geflüchteten
255 an den EU-Außengrenzen. Wir treten weiterhin für eine europäisch getragene und staatlich
256 koordinierte Seenotrettung ein. Einer Zusammenarbeit mit in Menschenrechtsverletzungen
257 involvierten Akteur*innen in der europäischen Nachbarschaft sowie der Kriminalisierung von
258 Seenotretter*innen stellen wir uns entgegen. Pushbacks nationaler Grenzpolizeien oder ihre
259 Unterstützung bzw. Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde Frontex darf es in der
260 EU nicht geben. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent
261 geahndet werden. Mit Blick auf die in der EU ankommenden Menschen treten wir im Sinne einer

262 fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung des Malta-Mechanismus ein.

263 Der unbürokratische Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten in der EU ist beispielhaft und
264 zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre Notlagen an den
265 Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten verhindert werden. Die in dieser
266 Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die zukünftige EU-Migrationspolitik eine

267 Blaupause sein. So überwinden wir endlich die Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

268 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

269 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie.
270 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an
271 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze
272 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

273 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit.
274 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch
275 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen
276 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die transatlantische
277 Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler Stützpfeiler. Doch diese Stärke hängt auch
278 von der weiteren innenpolitischen Entwicklung der US-Demokratie ab. Auch sind die
279 wiederholten völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien
280 und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit mit dem Anspruch der NATO als

281 Wertebündnis nicht vereinbar.

282 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus.
283 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit
284 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen
285 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die
286 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange
287 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere
288 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive
289 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien
290 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese
291 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges
292 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in
293 der Lage ist.

294 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-
295 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade
296 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der
297 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein
298 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein
299 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an
300 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame
301 europäische Stimme stärker werden.

302 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die
Vereinten
303 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Allgemeinen Menschenrechte, die UN-
304 Konventionen sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und
305 inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und
306 G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung
307 flexibler Koalitionen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und
308 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für
309 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

310 **Autokraten entschieden begegnen**

311 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte,
312 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische
313 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die
314 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur*innen ein hohes Risiko, dass
315 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene
316 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler
317 Aufgaben schaffen.

318 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und
uns
319 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann
320 bei Regelbrecher*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen
321 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Das
322 Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere
323 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außenpolitischen Zielen und Leitlinien
324 sein.

325 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote
326 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche
327 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als
328 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann
329 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre
330 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektorale Abhängigkeiten müssen wir durch
331 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und
332 europäischer aufstellen.

333 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf
334 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt
335 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die
336 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle
337 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik
338 darstellen.

339 Das revisionistische Russland unter Vladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und
340 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu
341 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und

342 Transparenz der Beziehungen bereit. Ein Partner wird Russland für uns aber nur in dem Maße
343 sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Unser Leitbild ist das gleiche Recht
344 aller Staaten, wie es die UN-Charta vorsieht. Dabei treten wir für die Souveränität und
345 territoriale Integrität aller Länder ein. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren
346 setzt, setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen.

347 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte
und
348 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale
349 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven
350 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und
die
351 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht
352 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen.
353 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten
354 überprüfen und auf eine Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. Unter
355 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit bereit
356 und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

357 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame
358 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbrieft Gleichberechtigung aller
359 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften
360 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-
361 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige
362 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik
363 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur

364 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und
365 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger*innen notwendig.

366 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in
367 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

368 **Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

369 Der Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von
370 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear,
371 kleinkalibrig oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler
372 Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern. Daher wollen
373 wir gerade in unsicheren Zeiten Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken,
374 Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen. Die Stärkung des
375 Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen
376 bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat,
377 stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen Herausforderungen durch die
378 aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag
379 einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

380 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive transparente und
381 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns ist die Ausfuhr von Waffen kein
382 Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher
383 Ebene wollen wir mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz stärken und uns auf EU-Ebene dafür
384 einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen Waffenexportkontrolle zu schaffen. Die
385 von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik bleibt der Maßstab unseres
386 Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und
387 Menschenrechtsverletzer*innen beendet werden müssen.

388 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der UN-Charta für
389 uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder angegriffen werden, auch mit der
390 Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen,

391 die zur Verletzung von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische
392 Repressionen eingesetzt werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und
393 den Frieden weltweit. Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir
394 heute liefern, in Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge,
395 verbindliche und differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest-
396 und vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise
397 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen,
398 unliebsame Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Medienschaffende oder
399 Minderheiten zu verfolgen.

400 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das
 Beschaffungswesen
401 reformiert und die Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt werden. Das beschlossene
402 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte
403 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist
404 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung. Dazu
405 gehört insbesondere die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass
406 Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur

407 für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität
408 zwischen den Streitkräften.

409 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung - eine Strukturpolitik gegen die**
410 **globalen**
411 **Krisen**

411 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch
412 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart
413 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten
414 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen
415 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die
416 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige
417 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für
418 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem
419 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus.
420 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam
421 mit unseren Partner*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie
422 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir
423 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik.

424 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen
425 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem
426 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres
427 Stimmverhältnis zu sorgen.

428 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.
429 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger
430 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet
431 werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale
432 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig
433 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in
434 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und
435 -bäuerinnen wollen wir stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für
436 Frauen – eine essenzielle Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen
437 Vermarktung wollen wir fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und
438 Absatzgenossenschaften. Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker
439 regulieren. Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt
440 reduziert werden.

441 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften
442 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale
443 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale
444 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“
445 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids,
446 Tuberkulose und Malaria gleichen.

447 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue
448 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium

der

449 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser
450 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine
451 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche
452 und private Gläubiger*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders
453 gefährdete Ländergruppen vorsieht.

454 Feministische Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der feministischen Außenpolitik und
455 bedeutet, den Bedürfnissen der global ausgegrenzten und vulnerabelsten Menschen endlich
456 Aufmerksamkeit zu schenken. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und
457 insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild
des
458 kanadischen „Equality Fund“ direkt gefördert werden.

459 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von
460 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter und nachhaltiger
461 Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption und Nepotismus häufig
462 nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung verteilt. Gerade in solchen
463 Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf Projektebene, sondern auch in
464 Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale Zivilgesellschaft, für unabhängige
465 Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.